

43_LK NÖ
LKR Bgm Gonaus

LKR Bgm. Gonaus **Forderungen zum EU-Budget und zur LE 14-20**

St. Pölten, 18. Dezember 2012

Eine weitere Kürzung des Agraranteils am EU-Budget würde vor allem Österreich, das als Nettozahlerland überproportional von Rückflüssen aus dem Agrarbudget profitiert, treffen. Es würde sich dadurch nicht nur die Nettozahlerposition verschlechtern: Die landwirtschaftlichen Betriebe verwenden die Ausgleichszahlungen wiederum für vorwiegend regional wirksame Investitionen. Die heimische Wertschöpfung wird damit zusätzlich angekurbelt – fehlt das Geld so schadet das der gesamten Wirtschaft.

Der Agrarpolitik ist es zu verdanken, dass der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel in den durchschnittlichen Haushalten ständig sinkt. Damit kann das Familieneinkommen in Güter investiert werden, die das Wirtschaftswachstum weiter ankurbeln. Dafür muss allerdings die Landwirtschaft mit niedrigen Erzeugerpreisen die Zeche zahlen.

Österreich ist europäischer Vorreiter im Umweltprogramm und in der Absicherung von Betrieben im Benachteiligten Gebiet. Die Mittel für die Ländliche Entwicklung müssen daher in der kommenden Periode zumindest auf der derzeitigen Höhe gehalten werden, damit folgende Prioritäten umgesetzt werden können:

- Fortsetzung des erfolgreichen Umweltprogrammes mit flächendeckendem Ansatz
- Unterstützung der Betriebe im Benachteiligten Gebiet, so dass die Bewirtschaftung der Höfe und Flächen auch weiterhin die Versorgung mit wertvollen heimischen Lebensmitteln und eine unverwechselbare Landschaft als Grundlage für den Tourismus sicherstellen.
- Die Dotierung der Investitionsförderung muss Vorrang haben: Diese versetzt unsere Betriebe in die Lage, den ständig steigenden Anforderungen gerecht zu werden und die Höfe auf eine gesunde wirtschaftliche Basis zur Erzielung des notwendigen Einkommens aus der Produktion zu stellen.
- Mit einem regionalpolitischen Ansatz soll die Ländliche Entwicklung auch weiterhin einen bedeutenden Beitrag zur Steuerung der regionalen Entwicklung leisten.

Agrarpolitik ist Zukunftspolitik. Nur mit einer Beibehaltung der bisherigen Mittel und des derzeitigen Kofinanzierungssatzes von 50 % kann der erfolgreiche österreichische Weg fortgesetzt werden.